

(A) **Anlage 2****Zu Protokoll gegebene Rede****zur Beratung des Antrags: Agrarförderung in Deutschland und Europa geschlechtergerecht gestalten (Tagesordnungspunkt 26)**

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Die rechtliche Gleichstellung der Frauen in Deutschland ist längst vollzogen, ihre formale Bildung ist der der männlichen Kollegen weitgehend überlegen und dennoch sind Frauen in der gesellschaftlichen Realität deutlich benachteiligt.

Es ist kein Ruhmesblatt für unsere Gesellschaft, die gesellschaftliche Teilhabe eines Teils der Bevölkerung zu beschränken. Es ist zum Nachteil für unsere Gesellschaft, dass ihre Kreativität und Intelligenz nicht in dem Umfang genutzt wird, wie dies in anderen Gesellschaften realisiert ist.

Wir haben eine Kanzlerin, zwei Vizepräsidentinnen im Deutschen Bundestag, mehrere Ministerinnen, aber gleichwohl sind wir ein weitgehend männerbestimmtes Land.

Ein an der Universität Lüneburg erarbeiteter Bericht, der sich mit der medialen Präsenz von Politikerinnen beschäftigt, kommt zu dem Schluss: „Gemessen an ihrer Vielfalt und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung werden Frauen medial unzureichend abgebildet.“ Der Anteil der Politikerinnen in Pressemedien beträgt 18 Prozent. Auf den Titelseiten der Zeitungen beträgt der Anteil der Politikerinnen nur 13 Prozent. Es gibt somit eine deutliche Unterrepräsentation der Spitzenpolitikerinnen in den Medien. Frau Merkel ist als Bundeskanzlerin überdurchschnittlich in den Medien präsent, aber selbst die Bundesministerinnen sind – wie andere Politikerinnen – nach wie vor in den Medien unterrepräsentiert.

Um Frauen eine bessere gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, werden verschiedene Vorschläge diskutiert. Zumeist wird die Quote vorgeschlagen. Ich bin skeptisch, ob eine Quote zu einer Verhaltensänderung von Männern und Frauen führen wird.

Der heute von der Linken gemachte Vorschlag, das bestehende gesellschaftliche Defizit über eine Änderung der Agrarförderung zu beheben, ist zumindest innovativ. Ich bezweifle allerdings, dass er zielführend ist.

Der Titel des Antrags legt nahe, dass unsere bisherige Agrarförderung und Agrarpolitik geschlechtergerecht ist und es möglich sei, diese geschlechterspezifisch und damit angeblich geschlechtergerechter zu gestalten. Ich teile diese Einschätzung nicht: Agrarpolitik, Agrarförderung ist geschlechterneutral und muss es auch bleiben.

Frauen im ländlichen Raum sind das Rückgrat für unsere Dörfer. Sie haben oft eine Vielzahl von Doppel- und Dreifachbelastungen in der Familie, im eigenen Beruf, in den landwirtschaftlichen Betrieben und auch in der dörflichen Gemeinschaft. Sie sind oft die tragende Säule im ehrenamtlichen sozialen Engagement und in vielen Vereinen. Wir sind uns einig, dass ehrenamtliches Engage-

ment und insbesondere das der Frauen einer höheren gesellschaftlichen Anerkennung bedarf. (C)

Fakt ist, dass es im ländlichen Raum Probleme und Umstände gibt, die sich auf die Selbstbestimmung der Frauen und ihre Entfaltungsmöglichkeiten nachteilig auswirken. Das ist jedoch in vielen Städten und im industriellen Arbeitsumfeld genauso. Allerdings ist die soziale Verbundenheit in ländlichen Regionen oft größer als in vielen Städten, wodurch Defizite, beispielsweise die ungenügende Zahl von Plätzen in Kinderbetreuungseinrichtungen, weitgehend ausgeglichen werden.

Der Duktus des vorliegenden Antrags suggeriert, dass Frauen besonders förderungsbedürftig seien. Diese Einschätzung teile ich nicht. Frauen sind gut ausgebildet und stark. Sie brauchen keine spezielle Förderung, sondern einfach nur Gerechtigkeit. Der Bildungsbereich hat dies deutlich gezeigt. Frauen sind dort erfolgreich, wo es auf Leistung ankommt, zum Beispiel in der Schule.

Uns Frauen wird mit derartigen Anträgen stets unterstellt, es wäre eine Ausnahme, wenn wir aus eigener Kraft etwas schaffen. Diese Unterstellung halte ich für eine Diskriminierung, sie stärkt uns nicht, sondern schwächt die Position der Frauen. Es ist deshalb gut, wenn Defizite, von denen wir meinen, dass sie sich besonders als nachteilig für Frauen auswirken, als gesamtgesellschaftliche Defizite begriffen werden. Frauen gehören schließlich zur Mitte der Gesellschaft und sind keine Randgruppe.

Wenn wir den ländlichen Raum stärken wollen, und ich halte dies für richtig, müssen wir überlegen, wie wir die Bedingungen für Frauen, aber eben auch für Männer, verbessern, sich neue eigene Erwerbsquellen auf dem Land zu erschließen. Dies ist allemal besser als frauenspezifische Globalförderung. Der Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln, Zugang zum schnellen Internet und nicht zuletzt eine Verbreiterung des Angebots von Kinderbetreuungsplätzen ermöglicht Frauen und Männern den Start und den Ausbau eigener Erwerbsgrundlagen im ländlichen Raum. Die Möglichkeiten von Kleinkrediten und Start-up-Förderungen helfen Frauen und Männern. Aber das ist keine Agrarförderung, sondern Infrastrukturförderung, Investitionsförderung und Weiterbildung. Viele Projekte, die sich mit diesen Problem-bereichen beschäftigen, können für Frauen heute schon aus dem Europäischen Sozialfond gefördert werden. Dort gehört die Förderung auch hin. Wir sollten nicht anfangen, mit der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik, GAP, noch eine Sozialpolitik „light“ zu machen. (D)

Wir arbeiten konstruktiv an den jetzt vorliegenden Vorschlägen von Herrn Ciolos zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union. Wir möchten für unsere Landwirte, und damit meine ich Männer und Frauen, dass bei der Reform der GAP das Zwei-Säulen-Modell erhalten bleibt, dass es weiterhin einen Ausgleich für die Bereitstellung öffentlicher Güter gibt und dass der Bürokratieabbau vorangetrieben wird. Die Entkopplung, welche in Deutschland schon fast abgeschlossen ist, muss sich auch in anderen EU-Mitgliedstaaten durchsetzen. Wir setzen uns in der Agrarpolitik für eine in die Zukunft gerichtete, multifunktionale, moderne und unternehmerische Landwirtschaft ein.